

Rauchverbot in Fahrzeugen bei Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen

Beschluss des Deutschlandtages vom 11. bis 13. Oktober 2019 in Saarbrücken

Die Junge Union Deutschlands fordert ein Rauchverbot in Fahrzeugen bei Gegenwart von Kindern und Jugendlichen, da dies deren Gesundheit erheblich gefährdet und beeinträchtigt. Die Zuwiderhandlung soll mit einem Bußgeld geahndet werden.

Begründung:

Die Schadstoffbelastung ist in einem Fahrzeug aufgrund des geringen Raumvolumens besonders hoch. Als Beifahrer werden Kinder und Jugendliche dieser ausgesetzt und haben keine Möglichkeit, sich dem Passivrauchen zu entziehen.

Dabei sind Kinder als Passivraucher generell noch stärker gefährdet als Erwachsene, da sie öfter atmen und ihr Entgiftungssystem noch nicht ausgereift ist. Kinder, die Zigarettenrauch ausgesetzt werden, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für Herzkrankheiten, erhöhten Blutdruck, Brustkrebs, Mittelohr- oder Mandelentzündungen und fehlen häufiger in der Schule. Zudem werden laut Deutschem Krebsforschungszentrum bis zur Hälfte aller plötzlichen Säuglingstode dem Passivrauchen zugeschrieben. Knapp ein Drittel der Raucher mit Kindern verzichtet bislang nicht grundsätzlich auf das Rauchen im Auto, sodass bundesweit rund 800.000 Kinder und Jugendliche im Auto passiv rauchen müssen. Daher sollte dies gesetzlich verboten und mit einem Bußgeld geahndet werden, um die Gesundheit dieser Kinder zu schützen.

In anderen europäischen Ländern existiert bereits ein entsprechendes Rauchverbot. Wer beispielsweise in Österreich dagegen verstößt, muss mit bis zu 1000 Euro Bußgeld rechnen. Auch in Großbritannien, Italien, Griechenland und Frankreich ist das Rauchen im Beisein von Kindern und Jugendlichen im Auto verboten.